

Ungleichheit bei Einkommen und Arbeitsentgelten nimmt zu

19. OKTOBER 2017 | PATRICK SCHREINER

Auch wenn manche jüngere Studie eher eine Stagnation feststellen will, ist der langfristige Trend doch eindeutig: Die Ungleichheit bei den Einkommen insgesamt wie auch bei den Entgelten abhängig Beschäftigter nimmt zu. Ein kurzer Überblick.

Zunehmende funktionale Einkommensungleichheit

Die zunehmende Ungleichheit sei einleitend zunächst anhand der funktionalen Einkommensverteilung aufgezeigt, also der Verteilung der Einkommen zwischen Arbeit und Kapital. Sowohl vor 1991 (alte Bundesrepublik) als auch nach 1991 (wiedervereinigtes Deutschland) ist die Entwicklung eindeutig (Abbildung 1): Die so genannte Lohnquote, der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen, geht im Trend zurück. Selbst die vergleichsweise guten Reallohnsteigerungen der letzten Jahre haben nicht zu einem nennenswerten Wiederanstieg der Lohnquote geführt.

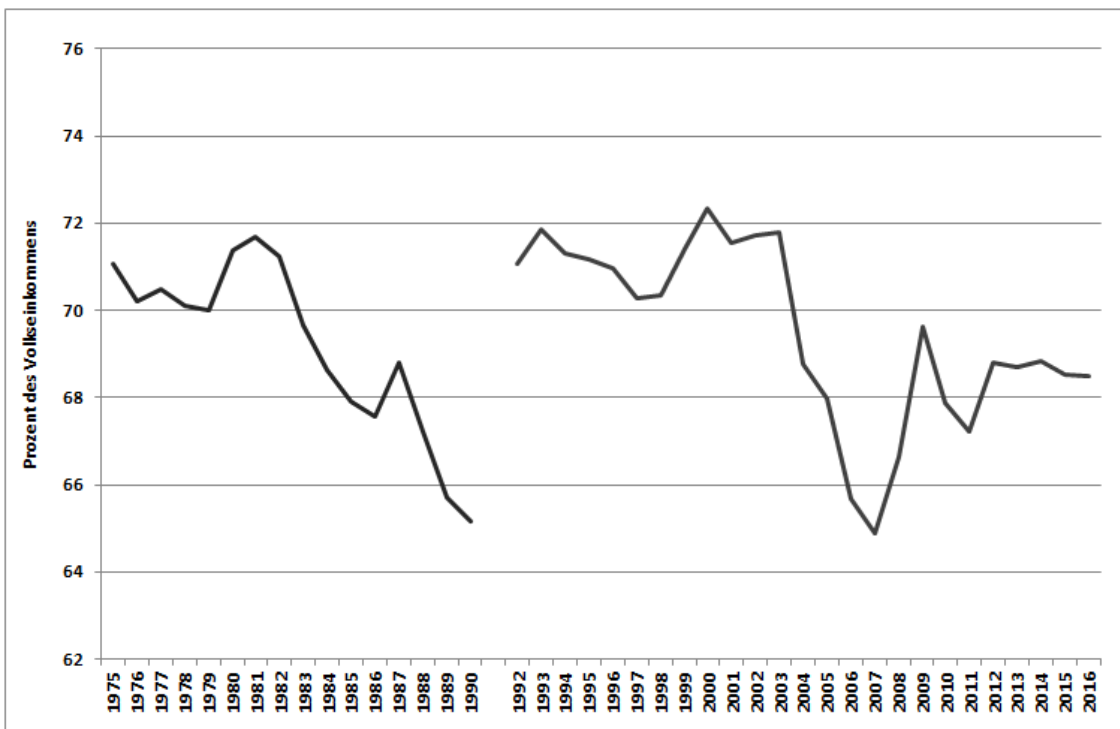


Abbildung 1: Bereinigte Lohnquote in Deutschland, 1975-2016. Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnung. Werte vor und nach 1991 sind nicht vergleichbar.

Zunehmende personelle Einkommensungleichheit

Eine in langer Frist zunehmende Ungleichheit zeigt sich auch bei der personellen Einkommensverteilung. Der Anteil der reichsten zehn Prozent der Haushalte an allen Bruttohaushaltseinkommen (inklusive Veräußerungsgewinne) lag in den 1960er Jahren bis in die Mitte der 1980er Jahre bei knapp 32 Prozent oder darunter. Seitdem ist er deutlich angestiegen: 1989 vereinte das reichste Dezil schon 33,5 Prozent der Bruttohaushaltseinkommen auf sich, 1998 waren es 35,5 Prozent und 2007 schließlich 38,1 Prozent (Adam 2014).

Vergleicht man in einem weiteren Schritt die Entwicklung der bedarfsgewichteten verfügbaren Haushaltseinkommen verschiedener Einkommensgruppen seit 1991 (Abbildung 2), so wird auch hier deutlich, wie sehr sich hohe und niedrige Einkommen auseinanderentwickelt haben. Der Trend zur zunehmenden Ungleichverteilung, obgleich schon seit mindestens 1991 in Gang, hat sich seit Ende der 1990er Jahre nochmals deutlich verstärkt.

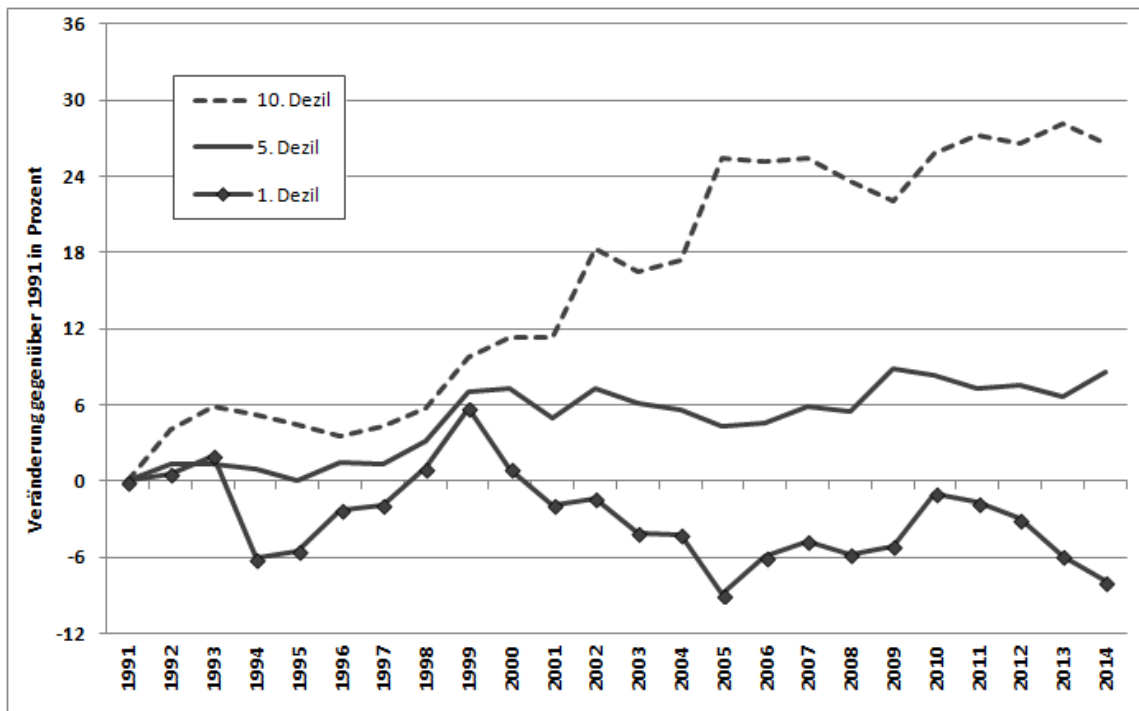


Abbildung 2: Bedarfsgewichtete verfügbare Haushaltseinkommen, 1991-2014, inflationsbereinigt, verkettet, 1991=100. Quelle: Grabka/Goebel (2017). Bedarfsgewichtet bedeutet, dass Haushaltsmitglieder unterschiedlich gewichtet werden, wobei die erste erwachsene Person das höchste Gewicht bekommt, die zweite erwachsene ein geringeres und Kinder je nach Alter noch geringere. So werden Haushalte unterschiedlicher Zusammensetzung miteinander vergleichbar.

Das durchschnittliche inflationsbereinigte bedarfsgewichtete verfügbare Haushaltseinkommen ist in der Gruppe der zehn Prozent reichsten Haushalte (10. Dezil) seit 1991 inflationsbereinigt um über 26 Prozent angestiegen. Demgegenüber verzeichneten die zehn Prozent ärmsten Haushalte (1. Dezil) einen Rückgang ihres durchschnittlichen Einkommens um fast acht Prozent. Dieser fand insbesondere in den Jahren 1999 bis 2005 statt. Selbst im 5. Dezil (also in jener Gruppe von Haushalten, die über höhere Einkommen verfügen als 40 Prozent aller Haushalte und zugleich über niedrigere Einkommen als 50 Prozent aller Haushalte) sind die durchschnittlichen Einkommen zwischen 1991 und 2014 um gerade einmal 8,6 Prozent gestiegen.

Dass sich die Schere bei den verfügbaren Einkommen weiter geöffnet hat, liegt auch an einer abnehmenden Wirksamkeit der staatlichen Umverteilung (Anselmann/Krämer 2012; Schratzenstaller 2013; Schmid/Stein 2013). Unter anderem haben verschiedene steuerpolitische Beschlüsse die umverteilende Wirkung des Steuer- und Abgabensystems reduziert. Während man hohe Einkommen tendenziell entlastete, wurden kleine und mittlere Einkommen im Zeitverlauf immer stärker belastet. So hat insbesondere die rot-grüne Bundesregierung unter Kanzler Gerhard Schröder (SPD) die Progressivität der persönlichen Einkommensbesteuerung reduziert, wovon hohe Einkommen insbesondere nach der Jahrtausendwende überdurchschnittlich profitierten. Mit der im Jahr 2009 eingeführten Abgeltungssteuer deckelte man die relative Höhe der Besteuerung von Kapitaleinkommen. Eine Vermögensteuer wurde in Deutschland schon seit Ende der 1990er Jahre gar nicht mehr erhoben. Zugleich hat man die Umsatzsteuersätze mehrfach erhöht, was relativ zum Einkommen insbesondere niedrige und mittlere Einkommen sowie Lohn- und Transfereinkommen traf (Schratzenstaller 2013). Insgesamt stieg die durchschnittliche Besteuerung (durch direkte und indirekte Steuern) der zehn Prozent mit dem geringsten bedarfsgewichteten Haushaltsbruttoeinkommen zwischen 1998 und 2015 von 17,7 Prozent auf 23,1 Prozent. Die durchschnittliche Besteuerung der reichsten zehn Prozent hingegen ging im genannten Zeitraum von 33,5 Prozent auf 31,2 Prozent zurück, die des reichsten Hundertstels sogar von 44,4 Prozent auf 39,6 Prozent

(Bach/Beznoska/Steiner 2016). Von dieser Politik konnten die oberen drei Dezile profitieren, während die unteren sieben Dezile durchschnittlich stärker besteuert wurden.

Im Ausmaß für die sich öffnende Schere bei den verfügbaren Einkommen noch bedeutsamer waren und sind gleichwohl Verschiebungen bei den Markteinkommen. Die wachsende Ungleichheit bei den Primäreinkommen (vor staatlicher Umverteilung durch Steuern und Sozialabgaben) schlägt auch auf die Sekundäreinkommen (nach staatlicher Umverteilung) durch (Hirschel 2017; Anselmann/Krämer 2012). Dies betrifft zum einen die Verteilung der Einkommen zwischen Arbeit und Kapital – etwa seit den 1970er Jahren wurde hier zu Lasten der Arbeitseinkommen und zu Gunsten der Gewinn- und Kapitaleinkommen umverteilt, wie Abbildung 1 schon gezeigt hatte. Zum anderen betrifft es die Verteilung der Lohneinkommen selbst. Hier nimmt seit langer Zeit die Spreizung zu – viele Löhne und Gehälter stagnierten oder sanken sogar, während andere teils deutlich stiegen. Die Gehälter einer kleinen Spitzengruppe von Managern und ähnlichen Spitzenverdienern explodierten geradezu.

Zunehmende Lohnungleichheit

Abbildung 3 zeigt diese zunehmende Spreizung der Löhne und Gehälter in Deutschland auf Basis von Daten der OECD. Der Abstand der hohen Löhne und Gehälter zu mittleren und vor allem niedrigen Löhnen und Gehältern ist seit mindestens 1994 größer geworden. Lag die obere Schwelle des 9. Dezils damals noch beim 2,8-fachen der oberen Schwelle des 1. Dezils, so stieg dieser Wert bis 2014 auf das 3,4-fache. Nicht ganz so ausgeprägt, aber mit der gleichen Tendenz haben sich die hohen Löhne und Gehälter auch von den mittleren bzw. die mittleren von den niedrigen entfernt (wobei der Anstieg seit etwa 2007 geringer ausfiel als zuvor). Dabei ist zu beachten, dass diese Daten nur Vollzeitbeschäftigte berücksichtigen. Die tatsächliche Lohnungleichheit dürfte daher noch deutlich ausgeprägter sein. Schließlich sind prekäre Beschäftigung und Niedriglöhne bei Teilzeitkräften und Minijobber/innen deutlich weiter verbreitet als bei Vollzeitbeschäftigten.

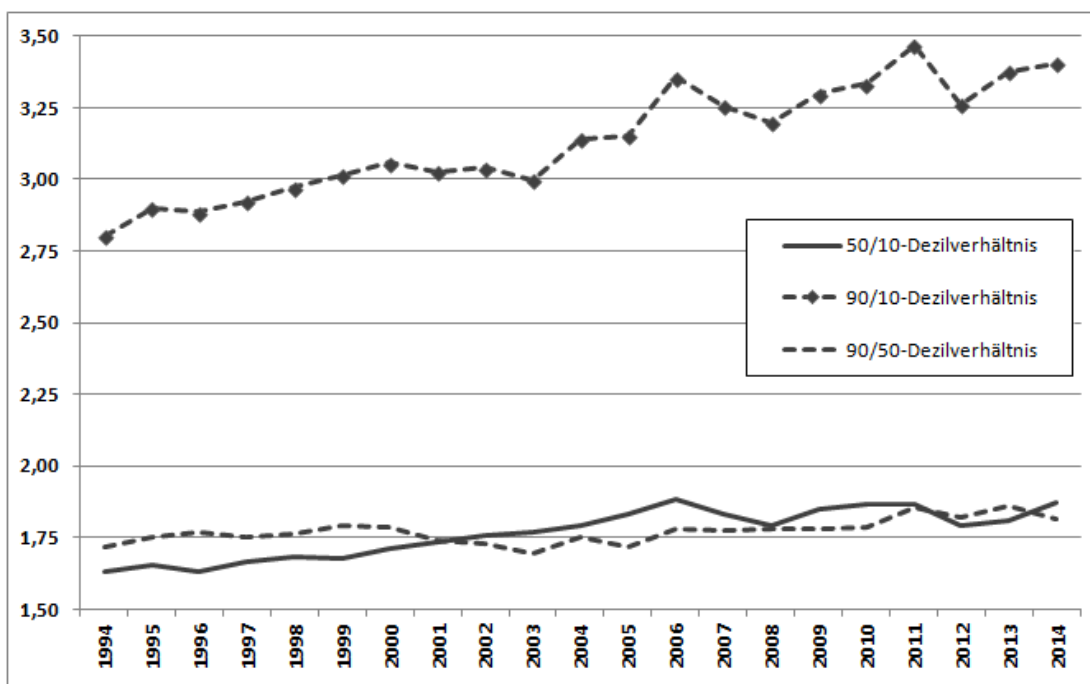


Abbildung 3: Dezilverhältnisse bei Löhnen und Gehältern Vollzeitbeschäftigter in Deutschland, 1994-2014. Quelle: OECD, dem Verfasser per E-Mail übersendet am 20.12.16. Gezeigt wird das Verhältnis zwischen den oberen Schwellen der jeweils genannten Dezile.

Alles nicht so schlimm?

Im Widerspruch zu den bisherigen Ausführungen ist in Medien und Wissenschaft in unregelmäßigen Abständen zu lesen und zu hören, dass die Einkommens- und/oder Lohnungleichheit in Deutschland gar nicht mehr zunehme. Und in der Tat: Unter Rückgriff auf entsprechende Datengrundlagen scheint es vorsichtige Hinweise zu geben, dass die Einkommens- und die Lohnungleichheit ab 2005 bzw. 2010/11 nicht weiter oder nicht mehr so

schnell angestiegen sind. Nicht zuletzt im Umfeld des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW Köln) wird dies immer wieder gerne kolportiert. In einem „Faktencheck“ des IW heißt es, die Ungleichheit habe bei den Nettoeinkommen stagniert und sei bei den Markteinkommen sogar zurückgegangen (Beznoska et al. 2016). Und auch zwei jüngere, seriösere Studien sehen ab 2005 bzw. 2011/12 keinen weiteren Anstieg der Lohnungleichheit mehr (Felbermayr et al. 2016; Möller 2016).

Diese Hinweise auf eine Stagnation oder gar einen Rückgang der Ungleichheit sollten allerdings nicht überbewertet werden. Denn erstens sind die Datengrundlagen dafür alles andere als befriedigend. Beispielsweise beziehen sich entsprechende Statistiken oft nur auf Vollzeitbeschäftigte – gerade bei prekär und Niedriglohn-Beschäftigten aber ist der Trend zur Teilzeit besonders ausgeprägt (Bosch/Kalina 2016). Zweitens deutet sich am aktuellen Rand eine erneute Zunahme der Ungleichheit an. Dies zeigt nicht zuletzt die eben genannte IW-Veröffentlichung, wenn man sich die dortigen Grafiken genau ansieht. Und drittens hätte sich die gute Lage am Arbeitsmarkt sehr viel stärker zu Gunsten der Löhne und Gehälter auswirken müssen, als sie es tatsächlich tat. Im Vergleich mit früheren Aufschwüngen von Wirtschaft und Arbeitsmarkt und angesichts der niedrigen Inflation ist das Reallohnplus der Beschäftigten als eher gering einzuschätzen.

Literatur

Adam, Hermann (2014): Die politische Ökonomie wachsender Ungleichverteilung der Einkommen. In: Wirtschaftsdienst 2 (2014). S. 104-111.

Anselmann, Christina/Krämer, Hagen (2012): „Denn wer da hat, dem wird gegeben“. Spitzeneinkommen und Einkommensungleichheit in Deutschland. In: WISO direkt 9 (2012).

Bach, Stefan/ Beznoska, Martin/ Steiner, Viktor (2016): Wer trägt die Steuerlast in Deutschland? Verteilungswirkungen des deutschen Steuer- und Transfersystems. In: DIW Politikberatung kompakt 114 (2016).

Beznoska, Martin/Henger, Ralph/Hentze, Tobias/Klöß, Hans-Peter/Lesch, Hagen/Niehuës, Judith/Pimpertz, Jochen/Plünnecke, Axel/Schäfer, Holger/Schmidt, Jörg/Schröder, Christoph/Voigtländer, Michael/Werner, Dirk (2016): Faktencheck Gerechtigkeit und Verteilung: eine empirische Überprüfung wichtiger Stereotype. In: IW Report 29 (2016).

Bosch, Gerhard/Kalina, Thorsten (2016): Einkommensentstehung als Verteilungsfaktor. Wachsende Ungleichheit in der Primärverteilung gefährdet Mittelschicht. In: Wirtschaftsdienst Sonderheft (2016). S. 24-31.

Felbermayr, Gabriel/Battisti, Michele/Lehwald, Sybille (2016): Einkommensungleichheit in Deutschland, Teil 1: Gibt es eine Trendumkehr? In: ifo Schnelldienst 13 (2016). S. 28-37.

Grabka, Markus/Goebel, Jan (2017): Realeinkommen sind von 1991 bis 2014 im Durchschnitt gestiegen. Erste Anzeichen für wieder zunehmende Einkommensungleichheit. In: DIW Wochenbericht 4 (2017). S. 71-82.

Hirschel, Dierk (2017): Politik der Gleichheit. Nationale und internationale Erfahrungen. In: Sozialismus 1 (2017). S. 36-39.

Möller, Joachim (2016): Lohnungleichheit – Gibt es eine Trendwende? In: Wirtschaftsdienst Sonderheft (2016). S. 38-44.

Schmid, Kai Daniel/Stein, Ulrike (2013): Explaining Rising Income Inequality in Germany, 1991-2010. In: IMK Study 32 (2013). http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_study_32_2013.pdf (15.9.13).

Schatzenstaller, Margit (2013): Gesellschaftliche Steuerung durch Steuern. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 10-11 (2013). S. 20-25.

Dieser Text basiert auf Textausschnitten und Überlegungen aus einem ausführlicheren Artikel zur Lohnungleichheit, der kürzlich in dem Sammelband "Ungleichheit in Deutschland" von Kai Eicker-Wolf und Achim Truger erschienen ist.

Weitere Schaubilder zur Verteilungspolitik finden Sie hier: <http://www.blickpunkt-wiso.de/schaubilder>

Patrick Schreiner ist Gewerkschafter und Publizist aus Bielefeld/Berlin. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten gehören Wirtschaftspolitik, Verteilung, Neoliberalismus und Politische Theorie.

URL: <http://www.blickpunkt-wiso.de/post/2038> | PDF erstellt am: 19.01.2018